



Anfrage der LINKE an den Bundestag zu PI und FREIHEIT wegen „antimuslimischen Rassismus“



Ausgerechnet die LINKE. Die nicht nur vom Verfassungsschutz beobachtet wird, sondern auch im Verfassungsschutzbericht steht. Dort ist zu lesen, dass Teile von ihr anstreben, die freiheitliche Grundordnung Deutschlands zu überwinden, um ein sozialistisches System zu etablieren. Eine Partei, die sich immer wieder in Kommunismusdebatten befindet. Diese extremen Linken stellten gerade eine kleine Anfrage an den Bundestag wegen der Islam-Aufklärung der FREIHEIT und PI.

(Von Michael Stürzenberger)

Angeregt von den Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittrich, Nicole Gohlke, Frank Tempel, Petra Pau, Jens Petermann und der Fraktion DIE LINKE. Unterschrieben von Gregor Gysi, der in der DDR eine mehr als zweifelhafte Rolle spielte. Und diese Figuren wollen PI und der FREIHEIT nun „antimuslimischen Rassismus“, „Fremdenfeindlichkeit“, „Gewaltverherrlichung“, „Hass“ und weiteren ideologisch verdrehten Blödsinn unterstellen. Die Anfrage im Wortlaut:

Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus

Islamfeindliche Internetportale wie der von mehreren Zehntausend Besucherinnen und Besuchern täglich genutzte Web Blog „Politically Incorrect“ (PI) und Parteien wie „Pro NRW/ Pro Deutschland“ und „Die Freiheit“ warnen vor einer angeblichen „Islamisierung Europas“. In Leserkommentaren werden auf PI Musliminnen und Muslime in rassistischer, fremdenfeindlicher, beleidigender, hasserfüllter und zum Teil gewaltverherrlichender Weise pauschal erniedrigt und beschimpft.

Die Partei „Die Freiheit“ agitiert seit Monaten gegen den geplanten Bau des Moscheeprojekts ZIEM in der Münchner Innenstadt. Dabei vergleicht der bayerische Landesvorsitzende der Partei, Michael Stürzenberger, den Koran mit Hitlers „Mein Kampf“. Auf [Kundgebungen gegen das ZIEM](#) werden Plakate mit der Aufschrift „Christus ist die Wahrheit, Mohammed ist die Lüge“ gezeigt.

Das bayerische Innenministerium stuft den bayerischen Landesverband der Partei „Die Freiheit“ und die Münchner Ortsgruppe von PI seit März 2013 als verfassungsfeindlich ein. Der Blog verletze die Menschenwürde von Musliminnen und Muslimen, [schüre pauschale Ängste vor ihnen](#) und bedrohe das friedliche Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Religion.

Auf Bundestagsdrucksache 17/6910 vom 5. September 2011 hatte die Bundesregierung erklärt, bei PI ließen sich keine rechtsextremistischen Bestrebungen feststellen. Die überwiegende Mehrheit der Einträge bediene sich „keiner klassischen rechtsextremistischen Argumentationsmuster“. Zudem seien islamkritische bis islamfeindliche Einstellungen insgesamt Ausdruck von Ängsten vor Überfremdung und müssten nicht zwangsläufig Ausdruck einer verfassungsschutzrelevanten Bestrebung sein.

Im November 2011 erklärte die Bundesregierung auf Bundestagsdrucksache 17/7569, „ihre Sichtung und Auswertung von mutmaßlichen islamfeindlichen und antimuslimischen Äußerungen intensiviert“ zu haben, ohne dass dies zu einer Änderung ihrer Einschätzung geführt habe. Zugleich erklärte sie, die weitere Entwicklung, „insbesondere im Hinblick auf eine mögliche neue Form des Extremismus“ abzuwarten.

In der Bund-Länder-Statistik „Kriminalpolizeilicher Meldedienst – Politisch motivierte Kriminalität“ werden muslim- bzw. islamfeindliche Straftaten bislang nicht als solche spezifisch erfasst, sondern allgemein unter Hasskriminalität oder als fremdenfeindlich eingestuft.

Angesichts einer wissenschaftlich belegten Zunahme von antimuslimischen Einstellungen innerhalb der deutschen Bevölkerung (vgl. „Die Mitte im Umbruch – Rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland 2012“ der Friedrich-Ebert-Stiftung) [fordern muslimische Verbände](#), wie das „Netzwerk gegen Diskriminierung von Muslimen“ aber auch Kriminalwissenschaftler eine solche separate Erfassung muslim- bzw. islamfeindlicher Straftaten analog zur seit 1993 vorgenommenen separaten Erfassung antisemitischer Straftaten.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Hält die Bundesregierung an ihrer auf den Bundestagsdrucksachen 17/6910 und 17/7569 getroffenen

Einschätzung des Web Blogs Politically Incorrect und anderer islamfeindlicher und antimuslimischer Websites und Organisationen fest?

a) Wenn ja, mit welcher Begründung?

b) Wenn nein, wie lautet die neue Einschätzung der Bundesregierung und worauf stützt sich diese Einordnung?

c) Wie beurteilt die Bundesregierung die weitere Entwicklung der muslim-bzw. islamfeindlichen Websites seit Ende 2011 „insbesondere im Hinblick auf eine mögliche neue Form des Extremismus“?

2. In welchen Bundesländern werden nach Kenntnis der Bundesregierung welche islam- bzw. muslimfeindlichen Websites und Gruppierungen als verfassungsfreundlich (auch: Verdachtsfälle) eingestuft bzw. von Landesämtern für Verfassungsschutz überwacht?

3. Inwiefern liegen der Bundesregierung Anhaltspunkte für die Verfassungsfreundlichkeit des Web Blogs „Politically Incorrect“ und seiner Ortsgruppen vor?

4. Inwieweit gedenkt das Bundesamt für Verfassungsschutz nach der Einstufung des bayerischen Landesverbandes der Partei „Die Freiheit“ und der Münchner Ortsgruppe des Web-Blogs „Politically Incorrect“ (PI) als verfassungsfreundlich diese beiden Gruppierungen auch überwachen zu lassen?

5. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über die Partei „Die Freiheit“ vor?

a) Wie viele Mitglieder gehören der Partei „Die Freiheit“ nach Kenntnis der Bundesregierung an?

b) Welche Aktivitäten der Partei „Die Freiheit“ sind der Bundesregierung bekannt (bitte aufschlüsseln nach Ort, Zeitpunkt, Art der Veranstaltung, Teilnehmerzahl)?

c) Sind der Bundesregierung Äußerungen rassistischen, fremdenfeindlichen oder volksverhetzenden Charakters durch Vertreterinnen/Vertreter der Partei „Die Freiheit“ oder deren Veröffentlichungen bekannt, und wenn ja, welche, wann und von wem?

d) Inwieweit bestehen nach Erkenntnissen der Bundesregierung Kontakte der Partei „Die Freiheit“ zu rechtsextremen Organisationen oder rechtsextremen Einzelpersonen im In- und Ausland?

e) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Übernahme von Funktionärsposten von Mitgliedern oder ehemaligen Mitgliedern der Partei „Die Freiheit“ in der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD)?

6. Inwieweit haben Polizeibehörden von Bund und nach Kenntnis der Bundesregierung der Länder seit Ende 2011 Überlegungen über eine Erweiterung des Themenfeldkatalogs beim Begriff „Hasskriminalität“ um ein Unterthema „islamfeindlich“ oder „muslimfeindlich“ angestellt?

a) Wann, bei welcher Gelegenheit und mit welchem Ergebnis wurde diese Thematik erörtert?

b) Welche diesbezüglichen Forderungen von Behörden, muslimischen Verbänden oder aus der Kriminologie sind der Bundesregierung bekannt?

c) Inwieweit wurden von Seiten internationaler Organisationen und Gremien diesbezügliche Erwartungen an die Bundesregierung geäußert, und wie reagierte diese darauf?

d) Wie begründet die Bundesregierung, dass bislang keine derartige erweiterte Unterteilung des Themenfeldkataloges „Hasskriminalität“ um ein Unterthema „islamfeindlich“ oder muslimfeindlich erfolgt ist?

Berlin, den 13. Mai 2013

Zunächst einmal ist festzuhalten, dass das bayerische Innenministerium den bayerischen Landesverband der Partei „Die Freiheit“ und die Münchner Ortsgruppe von PI nicht als verfassungsfeindlich einstuft, sondern seit März 2013 beobachtet, ob man die Aktivitäten so bewerten kann. Hiermit betritt der Bayerische Verfassungsschutz Neuland, indem er sachlich begründete Islamkritik in die Nähe der Verfassungsfeindlichkeit ansiedelt. Völlig absurd, denn gerade DIE FREIHEIT und PI sind es, die vor einer totalitären verfassungsfeindlichen Ideologie warnen. Auch der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Dr. Hans-Georg Maaßen, [sieht auf Bundesebene keinen Grund](#), ein solches Bestreben beobachten zu lassen.

DIE FREIHEIT hat die verfassungsfeindlichen Elemente des Islams in einer [Verzichtsforderung](#) ausführlich dargestellt.

Die Partei Die LINKE begeht den massiven gedanklichen Fehler, sachlich fundierte Aufklärung über eine totalitäre politische Ideologie im Mäntelchen einer Religion mit „anti-muslimischem Rassismus“ zu verwechseln. Da der Islam keine Rasse ist, kann Islamkritik folglich auch kein Rassismus sein.

PI und der FREIHEIT geht es ausschließlich um die Kritik an dieser Ideologie, nicht an den Menschen. Daher ist der Vorwurf, Moslems würden „pauschal erniedrigt und beschimpft“, gegenstandslos. Vielmehr wird das „religiöse“ Motiv für Gewaltexzesse und Mord benannt. Diejenigen, die im Namen Allahs fürchterliche Taten verüben, werden bei PI selbstverständlich nicht verharmlost oder in Schutz genommen, sondern scharf angegriffen. Völlig absurd ist die Unterstellung von „Fremdenfeindlichkeit“. In der islamkritischen Bewegung befinden sich mehr Ausländer als in der Partei DIE LINKE.

Aber wer seine Wurzeln selber in einem totalitären System hat und sich statt einer demokratischen Gesellschaft mit Pluralismus eine sozialistische Diktatur wünscht, der ist möglicherweise auch gar nicht in der Lage oder willens, dies zu erkennen.

Kontakt zu der Partei DIE LINKE:

» bundesgeschaeftsstelle@die-linke.de



Wenn grüne Bevormunder reden ohne zu denken



So, so. Der grüne Cem Özdemir hat also auf seiner [Facebook-Seite](#) seinen Unmut darüber [kundgetan](#), dass Konservative Rock'n'Roll oder gar Punk hören. Typisch für grüne Verbotsfetischisten, die am liebsten gesetzlich bestimmen lassen würden, was jeder lesen, hören und

sagen darf und nicht darf. Aber stimmt es denn überhaupt, dass Rock'n'Roll oder Punk für das exakte Gegenteil konservativer Politik stehen? Nicht nur Fans der „Ramones“ wissen sofort, dass der grüne Möchtegern-Diktator Özdemir dringend Nachhilfe in Sachen Musik braucht.

(Von Peter H., Mönchengladbach)



„Punk is right wing“ – das sagte Johnny Ramone (Foto) einmal [in einem Interview](#). Der 2004 verstorbene Gitarrist der Punkband „The Ramones“ war Mitglied der „National Rifle Association“ (NRA), nannte Ronald Reagan den „besten Präsidenten seines Lebens“, unterstützte die Republikaner und trug T-Shirts mit Aufschriften wie „Kill a Commie for Mommy“.

2002 schockte er die eher linksliberale Musik-Welt, indem er seine Rede zur Aufnahme der „Ramones“ in die „Rock and Roll Hall of Fame“ [mit dem Ausspruch „God bless President Bush and God bless America“ beendete](#). Johnny Ramone ist zweifelsfrei das bekannteste, aber nicht das einzige Beispiel für einen konservativen Punker oder Rock'n'Roller. Was auch viel besser passt, denn für Rauch- oder Glühbirnenverbote, Dosenpfand, steuersubventionierte Solardächer und anderen grünen Unfug steht Rock'n'Roll mit Sicherheit nicht.

Wenig begriffen hat Cem Özdemir also wieder viel. Und darüber, ob seine Neigung zur Bevormundung seiner türkischen Herkunft, der Mitgliedschaft bei den „Grünen“ oder beidem geschuldet ist, kann man nur spekulieren. Aber entscheidend ist, dass es Zusammenhänge zwischen politischer und musikalischer Ausrichtung noch nie gegeben hat und vermutlich auch nie geben wird. Übrigens auch nicht bei den „Ramones“, denn nicht alle von ihnen haben Johnny Ramones konservative Gesinnung geteilt.

Aber das musste auch nie sein, um konservative Fans zu finden. Konservative Zeitgenossen hören einfach, was ihnen gefällt. Auch dann, wenn sie die politische Ausrichtung des jeweiligen

Künstlers nicht teilen. Und ob das nun Rock, klassische Musik, Punk, Jazz, Psychedelic, deutsche Schlager oder was auch immer ist, bleibt jedem selber und dessen Geschmack überlassen. Bei Konservativen darf man auch Freude an der Musik des Obama-Unterstützers Bruce Springsteen haben, auch muss man Ted Nugents Musik nicht mögen, nur weil sich der in der NRA engagiert und die Republikaner unterstützt. Und der Autor, der politisch gewiss etwas konservativer als Horst Seehofer sein dürfte, hat bei sich daheim zwischen diversen CDs von [„AC/DC“](#), [„Rammstein“](#) und den „Ramones“ auch noch eine alte, aber gepflegte Sammlung der [„Sex Pistols“](#). Kaum zu glauben, aber wahr.

Solche Formen musikalischer Freizügigkeit haben viel mit Freiheit und Toleranz zu tun. Begriffe, die auch spießige Linke gerne vor sich hertragen, die sich aber vor jeder Musik-Auswahl erst einmal vergewissern, dass sich der Interpret „gegen Rechts“ engagiert, Kapitalismus, Walfang und Atomkraft voll doof findet, hinreichend „israelkritisch“ ist und mindestens einmal in seiner Karriere den ehemaligen US-Präsidenten George W. Bush übel beleidigt hat. Denn Linke schaffen es tagtäglich, Begriffe wie Freiheit und Toleranz gleichzeitig zu benutzen und zu missachten. Weshalb linke Oberlehrer und Besserwisser die Welt nicht mehr verstehen würden, sollte es in Deutschland irgendwann einmal das erste größere „Rock gegen Links“-Konzert geben.

Hey – ho – let’s go! [We believe in freedom, we believe in human rights.](#) Thanks a lot and may Johnny Ramone rest in peace. But fuck you, Cem!

(ein Tribut von „Motörhead“ für die verstorbenen Dee Dee, Joey und Johnny Ramone 2004 in Düsseldorf, ganz ohne Erlaubnis der grünen BevormunderInnen in diesen Beitrag eingebettet)

Colorado: Kinder essen versehentlich Cannabis



Es war Ende vergangenen Jahres, als sich in Volksentscheiden der US-Bundesstaaten Colorado und Washington knappe Mehrheiten für den legalen Privatbesitz von bis zu 28 Gramm Cannabis fanden. Nach Bundesrecht, welches über dem Landesrecht steht, ist dieser jedoch nach wie vor illegal. Sorgen müssen sich Kiffer allerdings bis dato nicht machen: Denn die Obama-Administration lässt – wohl aus wahltaktischem Kalkül – keine Bemühungen erkennen, das Verbot in den beiden Staaten auch tatsächlich durchzusetzen.

Eine neue Studie zeigt nun, dass in Colorado bereits die Einführung von Cannabis zu vermeintlich medizinischen Zwecken Jahre zuvor mit einer signifikanten Erhöhung von Kindern, die versehentlich mit der Droge angereicherte Produkte wie Kuchen, Plätzchen, Pralinen und Getränken konsumiert hatten und deshalb in Krankenhaus behandelt werden mussten, einher ging. Durch die erfolgte Halb-Legalisierung 2012 dürfte deren Anzahl noch mal drastisch ansteigen.

Das Netz-Magazin „Telepolis“ [schreibt](#):

In Colorado wurde Marijuana seit 2000 sukzessive legalisiert, erst mehr und mehr für medizinische Anwendungen, schließlich Mitte vergangenes Jahr auch zu Zwecken der Entspannung. Ärzte

warnen nun, dass sich die Anzahl der Fälle mehrt, in denen Kinder versehentlich Cannabis in großen Mengen aufnehmen.

In der Kinderklinik von Colorado wurde seit der ersten Freigabe 2000 bei 1.378 Patienten im Alter zwischen acht Monaten und 12 Jahren eine unbeabsichtigte Aufnahme festgestellt, davon 588 allein seit dem 1. Oktober 2009 (an dem der Verkauf weiter gelockert wurde). Die Anzahl der Kinder, die wegen einer Überdosis eingeliefert worden war, sei von 0 vor dem 1. Oktober 2009 auf 14 seitdem gestiegen. Diese Kinder waren wegen extremer Schläfrigkeit, Lethargie, Bewegungs- oder Atemstörungen in die Notaufnahme gebracht worden, wo die Ärzte sie zuerst ausführlich untersuchen mussten, bis sie die Ursache der Symptome identifizierten.

Einer der Autoren der Studie klagte, dass die Cannabisprodukte in Colorado deutlich stärker geworden seien, seitdem Cannabis ähnlich verfügbar sei wie Bier und die „Edibles“ – essbaren Produkte – in der Massenproduktion hergestellt werden. Es gebe Zuckerstangen, die 300 Milligramm THC enthielten, was etwa einem Gramm Hasch von herausragender Qualität entspricht.

Auch in Tschechien, wo Anfang 2010 die Drogengesetze [massiv liberalisiert](#) worden sind, gibt es aktuell Negatives für die Jugend zu vermelden. So [berichtet](#) das Portal „Tschechien-Online“:

Was den Drogenkonsum betrifft, stehen Tschechiens Teenager weiterhin an der europäischen Spitze. Das geht aus dem aktuellen Drogenbericht der EU hervor, aus dem der tschechische Nachrichtensender CT 24 heute zitiert.

Danach hatten im vergangenen Jahr rund 42 Prozent der 15- und 16-Jährigen Cannabisprodukte konsumiert.

An zweiter Stelle in dieser Altersgruppe standen die Franzosen (39 Prozent).

Insgesamt ging der Drogenkonsum in Tschechien gegenüber den Vorjahren allerdings zurück. Beim Konsum von Marihuana stehen nun Frankreich und Polen an der Spitze Europas. Dort beträgt der Anteil der Benutzer jeweils rund 17 Prozent der 15- bis 34-Jährigen.

Das nationale Drogenzentrum in Prag schätzt die Zahl der Personen, die täglich Cannabis-Produkte konsumieren, landesweit auf 40.000.

Doch auch diese Fakten werden liberalistische Kräfte – ob nun aus der libertären Ecke oder von links-außen – wohl nicht davon abhalten, einer Rauschgift-Legalisierung das Wort zu reden...

» PI: „[Langzeitstudie: Cannabis macht dumm](#)„

13 Regeln für den perfekten Gutmenschen

Sie wollen der perfekte Gutmensch werden? Sie genießen gern hohes Ansehen und verstehen sich selbst als moralisch höchste Instanz? Dann sind Sie wohl einer jener Mitläufer unserer heutigen Bundesrepublik, die mit Stolz und Heldenmut dem deutschen Pöbel gern das Denken abnimmt und lieber genau diktiert, was der Pöbel zu denken hat. Ist genau das Ihr Begehren, so halten Sie sich einfach an diese 13 goldenen Regeln und zweifeln Sie nicht an ihnen, sonst kommt der Knüppel der rot-grünen Gesinnungspolizei und bringt Sie wieder auf die moralisch richtige Bahn. Sie merken schon... für eine bequeme Welt ohne lästige Denkanstrengung ist gesorgt:

(Von Rechtskonservativer Denker)

1. Klimawandel

Die Erde wird sich unaufhaltsam aufheizen und irgendwann bestimmt alles Leben auf dem Planeten auslöschen. Dass es bereits viele Male klimatische Veränderungen durch etwa zahlreiche vulkanische Aktivitäten gegeben hat, ist an dieser Stelle völlig unwichtig. Wählen Sie einfach „Bündnis 90/Die Grünen“ und fühlen Sie den imaginären Ablassbrief in Ihren Händen. Ihre moralische Unantastbarkeit ist sichergestellt. Die kommunistische Ideologiebasis der Okösozialisten ist hier ebenso uninteressant. Vertrauen Sie der deutschenfeindlichen Partei einfach mit geschlossenen Augen, das Deutschsein ist ohnehin unter Strafe zu stellen. Also lösen Sie sich lieber gleich von Ihrem ethnischen Ballast.

2. Rückkehr des Nationalsozialismus aus der Mitte der bösen faschistischen Gesellschaft

Bei einer Sache können Sie sich sicher sein: 1945 haben die Nazis nicht das Handtuch geworfen. Sie gingen nur in die verlängerten Sommerferien. Innerhalb der nächsten paar Jahre werden Sie es schleichend bemerken.

Hakenkreuzfahnen werden gehisst, Flugblätter verteilt, braun uniformierte Schlägertrupps durch die Straßen ziehen und jüdische Schaufensterscheiben mit Boykottaufrufen beschmiert. Die Nationalsozialisten sind wieder groß im Kommen.

Die NPD-Chefetage hat sich das Großkapital unter den Nagel gerissen und rekrutiert nun reihenweise Fußvolk aus den Reihen der konservativ-faschistischen CDU.

Gehen Sie lieber rechtzeitig in Deckung und machen Sie das Kreuzchen still und heimlich im rot-grünen Lager, denn man hat im Sozialismus bekanntlich alles besser gemacht. Die Horrorbilanzen des Sozialismus sind lediglich Hirngespinnste rassistischer Geschichtsrevisionisten und Schwarz-Gelb-Wähler.

Zögern Sie nicht und geben Sie den Sozialisten Ihre Stimme, die wissen seit 1917, dass ihr Weg der einzig wahre ist.

Den einzig wahren Weg finden Sie bei „Die Linke“ und „Bündnis 90/Die Grünen“.

3. Kulturelle Bereicherung

Sie haben die Schnauze voll von auf Treppenhausgeländern aufgehängener nasser Wäsche, mit Müll übersäten Innenhöfen und bis in die Nacht lärmenden Migranten? Sie haben zweimal täglich Angst um das Wohl Ihres Kindes auf dem Schulweg, Panik vor messerschwingenden moslemischen Banden und kein Verständnis für verängstigte und wegsehende, weil unterbesetzte Polizeistreifen?

Wir verstehen Ihr Unbehagen, Ihr Unverständnis und Ihre Angst. Doch lassen Sie sich eine Sache gesagt sein: Sie sind wahrscheinlich viel zu rassistisch und engstirnig in der Welt unterwegs. Neben Vorurteilen sollten Sie auch die Erinnerungen an tatsächliche schlechte Erfahrungen im Multikulturalismus ablegen und weltoffen und tolerant Ihren Weg gehen. Ihre Bereicherer werden Ihren Großmut schon von Weitem erkennen und Ihnen wohlgesonnen die Arme öffnen.

Was all die Probleme im der Bunten Republik angeht... die gewaltigen Ausmaße von Migrantengewalt, Sprachunkennntnis, Parallelgesellschaften, Ausgrenzung, Beschaffungskriminalität und Einschüchterung... all diese Dinge geschehen nur aufgrund von Verunsicherung unserer friedlichen Einwanderer. Anstatt scheinbar unüberwindbare Hürden der Integration aufzustellen, sollten Sie ihnen lieber einen Platz „in der Mitte der Gesellschaft“ anbieten. Dieser edle Wunsch ist Hauptanliegen der Moralpartei „Bündnis 90/Die Grünen“. Ihre Zweitstimme ist bei der Linkspartei oder auch der sozialdemokratischen CDU gut aufgehoben.

Es ist ganz einfach: Kreuzchen machen und wohlfühlen.

4. Sozialismus

Der Sozialismus ist als Übergangsprinzip zum Kommunismus die perfekte Einstimmung auf zukünftige Großartigkeiten. Die Gleichheit steht vor der Freiheit, niemand wird Ihnen mehr neidisch auf die Finger schauen, lediglich weil Ihr Kühlschrank voller ist als der Ihres Nachbarn. Dass Sie dafür länger gelernt und mehr und zuverlässiger gearbeitet haben, ist nichts Erwähnenswertes, denn Sie laufen Gefahr, als Kapitalist enttarnt zu werden. Geben Sie einfach die Früchte Ihrer Arbeit ab, die Sie durch Fleiß für sich selbst vorgesehen haben. Ihr Nachbar will nämlich auch von 80 auf 124 Zentimeter Bilddiagonale aufstocken.

Und der Sozialleistungsempfänger unter Ihnen braucht auch wieder Geld für den nächsten Kasten Bier, den er sich nicht mehr leisten kann, weil er den Luxus nicht wahrgenommen hat, als Kind regelmäßig in der Schule zu lernen.

Machen Sie es einfach wie Ihre Nachbarn und kreuzen Sie „Die Linke“ an. Die soziale Umverteilung wird den Faulen und Lastenhaften zugute kommen und den bösen Reichen und Unternehmern, die Millionen von Menschen über Jahre Arbeit gegeben haben, ihre überflüssigen Scheine über Sex-Klopapier und Atemluftsteuer gerechterweise wieder abnehmen.

Wieso arbeiten gehen? (Öko-)Sozialisten wählen!

5. Familie ist böses, da völkisches Gedankengut

Ihre Großmutter hat noch ein Mutterkreuz und andere Überbleibsel aus dem Nationalsozialismus im Keller? Dann sollten Sie schnell das Benzinfass zur Hand nehmen und alle verdächtigen Beweise vernichten. Und Ihre Familienpläne sollten Sie auch an die Wand nageln. Die ideologische Lufthoheit über den Kinderbetten, die schrittweise Entwertung der konventionellen Ehe und das politische und finanzielle Unattraktivmachen der Familie ist schon lange oberste ideologische Priorität im rot-grünen Lager.

Das deutsche Volk... Verzeihung... die deutsche Bevölkerung ist schon lange ein Dorn im Auge der antideutschen Linken. Noch immer fließt nationalsozialistisches Blut durch die Adern der Deutschen und ein Ende der Blutslinie ist nicht in Sicht.

Sie werden zunehmend Fremder und Unterprivilegierter im eigenen Land, was einfach daran liegt, dass kulturelle Bereicherung, EU-Fremdbestimmung und zunehmende soziale Unsicherheit durch sozialistische Umverteilung in Europa den Fortbestand der fleißigen deutschen Bevölkerung zunehmend obsolet machen.

Also schaffen Sie sich keine Kinder an. Die Aussichten sind düster und Sie ersparen dem Staat die Leistung von Kindergeld, das dann zu besseren Zwecken wie etwa der Sanierung der Werkzeugbänke in Meister Eders Werkstatt in Italien oder zur Finanzierung vom Kampf gegen Rechts oder Belohnung fauler Ausländer, die nach 40 Jahren unsere Sprache noch immer nicht sprechen, umverteilt werden kann.

Die antideutschen Grünen unterstützen seit Kurzem eine weitere sozialistische Kampagne mit dem Namen „UmFAIRteilen“ und wollen gemäß ihrem Sinn für perverse sexuelle Legalisierungspläne ohnehin schon lange die Abschaffung der Hoheitsstellung der Ehe zwischen Mann und Frau und lieber Pädophilie den Steigbügel halten und lieber für die Homo-Ehe kämpfen als die Probleme zu lösen, die ihr antideutscher Multikulti-Wahn auslöst. Rotes oder grünes Kreuz machen, bitte.

6. Außer der Religion des Friedens, dem Islam, sind alle anderen Religion intolerant

Sie schauen mit bösen Stirnfalten aus dem Fenster und erblicken die neue Mega-Moschee auf dem Marktplatz Ihrer Stadt? Werfen Sie doch lieber ein antifaschistisches Lächeln über die Straße und zeigen Sie den Menschen Ihre offene und herzliche Art. All die ganzen knallharten Fakten über den

islamischen Krieg gegen den Westen und seine Werte sind zu vernachlässigen, denn es zählt ja bekanntlich nicht das Jetzt und Hier, sondern lediglich die Vergangenheit. Vergessen Sie deswegen (neben dem Nationalsozialismus und seine baldige Wiederkehr) niemals die blutigen Untaten der christlichen Kreuzzüge und blenden sie sämtliche islamisch motivierte Gewalt der Weltobererideologie politisch korrekt aus.

Mit einem Kreuz bei „Bündnis 90/Die Grünen“ helfen Sie sogar aktiv mit, die Religion des Friedens gegen die faschistisch denkenden Konservativen in Deutschland zu verteidigen. Also, zeigen Sie Stärke!

7. Israel ist ein kapitalistisches Monster

Sie denken immer zuerst an Andere, bevor Sie sich selbst Ihren Tee einschenken? Leider sind nicht alle Menschen so aufopferungsvoll wie Sie. Besonders im jüdischen Staat Israel hat sich das böse Monster des Kapitalismus breitgemacht und wütet unkontrolliert im Nahen Osten. Sie haben sich als linker Gutmensch die Verteidigung der Religion des Friedens auf die Fahne geschrieben, von daher sind Sie im Besonderen gefragt, wenn es um die Verteidigung Palästinas gegen das böse „Weltjudentum“ geht. Nehmen Sie auf Ihrem nächsten linken Aufmarsch, Seite an Seite mit der Roten SA, Ihren Anti-Isreal-Banner mit und zeigen Sie Solidarität mit Palästina. Die verlogene Solidarisierung mit den Feinden Israels zeugt somit unverkennbarerweise von Ihrer antikapitalistischen Ader und Ihrem Hass gegen alles überlegene Westliche.

Das Fachpersonal von „Die Linke“ und „Bündnis 90/Die Grünen“ macht übrigens besonders gern Solidaritätsurlaub in Palästina.

Finanzieren Sie doch die nächste Parteireise in den Nahen Osten mit und kreuzen Sie die Parteien an.

8. Rechts = Rechtsextrem

Sie sehen im Fernsehen nichts Anderes mehr als den NSU-

Prozess? Das liegt daran, dass Deutschland im braunen Sumpf des Rechtsextremismus versinkt. Früher lagen Sie damit richtig, wenn Sie sagten, die NPD sei eine antidemokratische und faschistische Partei, doch Ihre Einschätzung ist obsolet. Der Rechtsextremismus hat sich längst einen Weg in die Mitte der Gesellschaft gebahnt und die bürgerlichen Parteien rechts von der SPD infiziert.

Ein neuer Hitler-Stalin-Pakt wurde geschmiedet, doch diesmal spielt der Kommunismus von Anfang an nicht mit. Der Faschismus macht sich allein auf, die Republik zu verändern. Konservative und Nationalkonservative, die lediglich mit Wissen und Verstand die Probleme der Gegenwart lösen wollen, sind in der nationalistischen Masse untergegangen. Dass die CDU Steigbügelhalter der Faschisten ist, das wussten Sie doch schon immer. Also kreuzen Sie beim nächsten Mal lieber bei den grünen und roten Sozialisten und zeigen Sie Stärke gegen die Faschisten! Der Kommunismus macht es besser! Verbrennt die Geschichtsbücher oder schreibt sie um...

9. EU bedeutet Heilung

Nationalstaatliche Selbstbestimmung ist besonders in Deutschland gefährlich, denn besonders Konservative, die sich auf Erfahrungen und überlebende Prinzipien berufen, laufen immer häufiger Amok und wollen noch einmal den Versuch wagen, das Tausendjährige Reich zu errichten. Bevor diese Irren ihre Träume verwirklichen, ist es ratsam, sämtliche Kompetenzen an die Europäische Union abzugeben, damit auch wirklich keine selbständigen Denker und kritischen Stimmen Fehlentwicklungen aufzeigen und Alternativen anbieten können.

Die Euro-„Rettung“ und das Finanzieren insolventer Staaten ist zum Volkssport des Steuerzahlers geworden. Straßen werden nicht mehr saniert, Schulen nicht mehr gebaut und die Polizei nicht mehr finanziell unterstützt. Andere Länder haben die Gelder eher nötig. Dass diese Länder ihre eigene Lage in gewisser Weise mitverschuldet haben, ist sicherlich ein

Märchen von Europa- und EU-Hassern, die auf populistische Art und Weise versuchen, aus den europäischen Politik-Turbulenzen stimmenmäßig Kapital zu schlagen. Keinen Fußbreit den Europahassern, so politisch und ökonomisch gebildet sie auch sein mögen. Kreuzen Sie gegen die nationalstaatliche Unabhängigkeit und für die großteilige Entmündigung Ihres Heimatlandes.

Zur Wahl stehen CDU, FDP, SPD, Die Grünen, Die Linke.

10. Du bist Auschwitz

Sie haben im Geschichtsunterricht immer nur geschlafen? Kein Problem... seit es die sozialistische Gesamtschule gibt, ist Bildung nicht mehr allzu wichtig und es sind ohnehin nur ausgewählte Themen von Bedeutung. Sie sollten zumindest bei „1789“, „1848“ oder „1914“ aufhorchen um einigermaßen gebildet zu wirken. Aber so richtig bedeutend für das öffentliche Bewusstsein ist Ihr fundiertes Wissen zu den Jahren 1933 – 1945. Die Öfen von Auschwitz sind Dreh- und Angelpunkt Ihres Demokratieverständnisses und die Arbeitslager der UdSSR nicht weiter von Bedeutung. Der Kommunismus war schon immer gut gemeint und nur ein paar blöde Spielverderber haben ihn falsch umgesetzt. Aber keine Angst, die Gesellschaft der Gleichheit wird schon noch kommen, doch zuerst ist es das Wichtigste, dass der Nationalsozialismus in die Köpfe unserer Kinder gehämmert wird, bis er fester sitzt als ein Bewehrungsstab im Beton des Führerbunkers. Der Nationalsozialismus ist wichtig, die anderen Verbrechen, die im Geschichtsbuch stehen, sind allerdings nur Nebenprodukte des 20. Jahrhunderts. Es ist völlig unwichtig, nachfolgende Generationen auch für andere gefährliche Ideologien wie Sozialismus, Kommunismus oder den Islam zu sensibilisieren, so unmittelbar diese auch Tür an Tür mit uns sind. Fragen Sie doch mal die gesamte Linkspartei und große Teile der Grünen zu ihrer Meinung zum Kommunismus. Dass sich etwa Spitzenpersonal der Grünen aus „ehemaligen“ Kommunisten wie Jürgen Trittin oder Winfried Kretschmann rekrutiert und andere Parteigrößen wie Grünen-Chefin Claudia

Roth mit „Nie wieder Deutschland“-Bannern durch die Straßen zogen und noch immer ziehen, sei nur am Rande erwähnt. Aber der Kampf gegen Rechts ist erst einmal wichtiger, denn wenn es keine Kritiker gibt, bemerkt auch keiner die Probleme, die sie benennen. In einer schwarz-weißen Bilderbuchwelt, in der es nur einen einzigen bösen Feind gibt, denkt es sich schon viel leichter...

11. Rassismus ist unser allergrößtes Problem

Es gibt nichts Schlimmeres als Rassismus. Kein Welthunger, kein Krieg, keine Seuche. Die Ausgrenzung von Andersfarbigen durch all die bösen Faschisten, die an jeder Straßenecke zu lauern scheinen, ist der größte Dorn im Auge des beruflichen Antifaschisten. Wenn die Menschen in Ihrer unmittelbaren Nachbarschaft sich über den an Neandertaler erinnernden Lebensstil osteuropäischer Zuwanderer empören und fast täglich Müllabfuhr und Polizei rufen müssen, um den „sozialen Frieden“ zu wahren, grenzt das in Ihren Augen doch ganz gewiss an rassistischer Ausgrenzung. Die Ermordung von Kosaken, „kapitalistischen“ Juden und rund 90 Millionen anderen Menschen auf Geheiß der Bolschewiki und der KPDSU in der Sowjetunion oder durch die Befehlshaber im Maoismus in China oder allen anderen erdenklichen kommunistischen Ländern ist natürlich nicht rassistisch motiviert. Der Klassenkampf gegen die kapitalistische Unterdrücker rechtfertigt jedes Mittel. „Macht kaputt was euch kaputt macht“ – ein Motto der Bewegungen aus denen Die Grünen und Die Linke hervorgegangen sind.

12. Bio-Fraß ist das einzig Wahre

Bei McDonalds, Subway und Co. dreht sich Ihnen der Magen um? Seien Sie nicht traurig, denn Rettung naht! Bio Company und andere grüne und politisch korrekte Marktketten reichen Ihnen die Hand, herunter vom sinkenden Schiff des kapitalistischen Futtertrogs. Sie sind ganz gewiss außerhalb des Kreises moralischer Verwerflichkeiten, denn Sie verzichten ganz gemäß

der Regeln des Gutmenschentums auf Zitrone aus Israel und kochen natürlich nur Fair-Trade-Kaffeebohnen.

Haben Sie sich schon mal Gedanken gemacht, was Sie bei Bio Company einkaufen? Wenn zur Produktion von Bio-Lebensmitteln häufig ganze Arbeitsschritte in der Herstellung entfallen und somit der Kapitaleinsatz zur Produktion dieser Güter sinkt, so muss es doch nur logisch sein, dass es wirtschaftlich folgerichtig ist, dass diese Dinge preisgünstiger angeboten werden können.

Stattdessen bezahlen Sie lieber horrenden Preise für garantiert glutenfreies Hirsebrot und fühlen sich wohl in Ihrer biologisch unbedenklichen Scheinwelt. Was glauben Sie, was die ach so bösen kapitalistischen Konzerne eben mit Ihnen gemacht haben? Genau, Sie haben Ihnen politisch korrekte Speisen zum doppelten Wohlfühlpreis angedreht... aber seien Sie sicher... auch wenn Sie eben den Kapitalismus angeheizt haben, jeder Cent der nicht in der Tasche der altdeutschen Kiez-Restaurants gelandet ist, ist ein guter Cent.

Und nicht vergessen: Nicht nur grün essen, sondern auch grün wählen!

13. Autorität und Elitarismus sind faschistisch

Sie sind neidisch auf die Schulnoten des Sohnes Ihrer besten Freundin? Ihr Sprössling bringt immer nur Vieren und Fünfen nach Hause? Keine Sorge, das Schulleben eines jungen Menschen ist lang und die Einführung der sozialistischen Gesamt- und Einheitsschulen ist im Ganzen und verheißt die völlige Gleichschaltung intellektueller Potentiale. Intelligentere Schüler können mit massenkompatiblen Lerninhalten ihr Potential nicht vollständig entfalten und faule und unwillige oder erblich bedingt weniger intelligente Schüler werden mit gebremster Lerngeschwindigkeit in ihrer Bequemlichkeit belohnt. Damit können Sie sorgenfrei in die Zukunft sehen, denn der Sohn Ihrer besten Freundin wird schon bald nicht mehr

viel mit seinem Köpfchen anstellen können, wenn die sozialistische Gleichschaltungs- und Indoktrinationsmaschinerie erst einmal auf Hochtouren im Gang ist. Dann brauchen Sie das Auffliegen der geringeren Intelligenz Ihres Kindes nicht mehr zu fürchten. Am Ende sind nämlich alle gleich dumm.

Dann importieren wir die Ärzte und Ingenieure eben aus dem Ausland. Denn der Platz „in der Mitte unserer Gesellschaft“ ist von der grünen Islamisierungspartei bereits vornehmlich gebettet worden.

Genau. Wo Ihr Kreuz hingehört wissen Sie ja schon. Die Indoktrination ist gelungen.

Frankfurt: Rote SA attackiert Wolfgang Hübner



Am Nachmittag des 30. Mai 2013 hat eine Gruppe von 20 bis 30 Mitglieder der linksextremen „Antifaschistischen Aktion“ im Nazi-Stil eine weitere gezielte Aktion gegen den Stadtverordneten Wolfgang Hübner (*kleines Foto*) unternommen: Sie stellten sich in

drohender Haltung vor sein Wohnhaus in der Fellnerstraße, ließen mit ohrenbetäubenden Lärm eine Alarmsirene aufheulen und verlasen den ebenso verleumderischen wie aggressiven Text eines Flugblatts, das sie in der Straße an parkenden Autos anbrachten und in die Briefkästen warfen. Diese Aktion folgte einer [Spray-Attacke gegen die Wand](#) von Hübners Wohnhaus in der Nacht zuvor mit der Aufschrift : "Hübner halts Maul!"

Sowohl mit der nächtlichen Straftat wie mit dem Einschüchterungs- und Diffamierungsversuch am Nachmittag haben die offensichtlich in Frankfurt selbst angesiedelten Linksextremisten die Grenze vom Protest zur Terrorisierung bewusst und eindeutig überschritten. Wer politische Gegner so attackiert, scheut demnächst auch vor körperlicher Gewalt nicht zurück. Der Stadtverordnete hat deshalb die Polizei informiert und für seine Familie, sich selbst und das Wohnhaus, das in der Mehrzahl von ausländischen Menschen bewohnt wird, den Schutz der Sicherheitskräfte vor weiteren Gefährdungen seiner Privatsphäre verlangt.

Leider bestätigen die kriminellen Aktionen der Linksextremisten die langjährige Kritik Hübners und der Fraktion der FREIEN WÄHLER im Römer an dem immer unerträglicher werdenden Treiben solcher Gruppen wie der sogenannten „Antifaschistischen Aktion“ in Frankfurt. Wer nach Nazi-Muster gezielt Personen diffamiert, öffentlich angreift und auch vor Gewalt nicht zurückschreckt, stellt sich außerhalb der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und muss auch entsprechend behandelt werden.

Selbstverständlich wird die kriminelle „Strategie“ der Linksextremisten im Fall des Stadtverordneten und Fraktionsvorsitzenden Hübner nicht erfolgreich sein: Schon auf der kommenden Sitzung der Stadtverordneten am 6. Juni 2013 werden die Vorgänge in der Fellnerstraße ein wichtiges Thema sein. Die politischen Kräfte in Frankfurt müssen dann den Links-Nazis die Signale geben, die mehr denn je unbedingt notwendig sind.



Die Süddeutsche und ihr Zensor (III)

Die SZ gehört sicher zu den am rigidesten zensierenden Medien in Deutschland. Ursache ist – wie häufig in Fällen von blindem Fanatismus – der Glaube an eine Mission, an das Gute schlechthin, für das sie sich selbst in ihrer reinsten Form wähnen. Es versteht sich von selbst, dass sie dann eine besondere Dünnhäutigkeit zeigen, wenn erstens ihr Kerngeschäft betroffen ist, die Weltverbesserung, und darüber hinaus der Herr der Moral, Heribert Prantl (Foto).

(Von Poznan)

In solchen Fällen zeigen sie schnell ihre Aversion gegen Andersdenkende, die nicht ihre Meinung teilen. Die sind dann nicht Andersdenkende, sondern „rechts“ oder „böse“, vielleicht auch nur „unsachlich“. Ich hatte Glück, denn ich wurde nur unter „unsachlich“ kategorisiert.

Auslöser für meinen Kommentar war ein [Beitrag von Heribert Prantl](#), in dem er den Rückgang der Asylbewerberzahlen für Europa und Deutschland beklagt. Auszug:

„Am 26. Mai 1993 wurde im Deutschen Bundestag zum ersten Mal ein Grundrecht, das Asylgrundrecht, geändert. Nein, Änderung ist falsch. Es wurde nicht geändert, es wurde faktisch abgeschafft.“

Aus dem alten stabilen Grundrecht des Artikels 16 Absatz 2

wurde Artikel 16 a, ein Grundrechtlein. Die aus leidvoller NS-Geschichte geborene kompromisslose Schutzgarantie wurde gestrichen und an seine Stelle eine seitenlang-quallige, ins Grundgesetz deplatzierte Verwaltungsverordnung gesetzt; aus der Asylgarantie wurde eine Abschiebungsgarantie.

Und dieser Anti-Asyl-Mechanismus, den der Bundestag vor zwanzig Jahren nach jahrelangem beschämenden und brandgefährlichen Streit beschloss, wurde sodann, auf deutsches Betreiben, zum Vorbild für die EU.“

Ich brachte in meinem Kommentar dazu zum Ausdruck, dass ich die Zahlen eher für zu hoch halte und vertrat die These, dass man sogar die politisch Verfolgten nicht alle in Deutschland aufnehmen kann.

Allerdings kam mir dann eine Idee: Ich dachte, wenn engagierte und gute Bürger einen Asylanten ein Jahr auf ihre Kosten versorgen würden, ein Jahr und einen Tag in Anlehnung an das mittelalterliche „Stadtluft macht frei“, dann sollte es in Ordnung sein, wenn ein so lange Geduldeter für immer hier bleiben darf.

Denn er würde sich in dieser Zeit anstrengen müssen, Deutsch zu lernen oder arbeiten zu gehen, um seinem Gastgeber nicht auf der Tasche zu liegen. Ich nahm an, bei einem Mäzen der Verfolgten, Heribert Prantl, damit auf offene Ohren zu stoßen.

Aber weit gefehlt. Seine Zensoren, die wissen, wie er tickt, konnten und durften meine Meinung nicht gutheißen. Hier mein kleiner Kommentar:

„Wir können nicht alle Menschen dieser Welt aufnehmen, selbst die nicht, die politisch verfolgt werden.

Ich wäre allerdings dafür, dass jeder hier bleiben darf, der von moralischen Größen wie Herrn Prantl ein Jahr und einen Tag bei sich zu Hause aufgenommen und versorgt wird, inklusive

Krankenversorgung, Deutschkurse usw. Auf eigene Kosten wohlgemerkt.

Ich bin sicher, etwas Wunderbares würde geschehen.“

Und hier die immerhin freundlich tadelnde Reaktion von Prantls Zensoren:

*Lieber *****,*

wir haben Ihren Beitrag gelöscht. An dieser Stelle möchten wir Sie bitten, in Ihren Diskussionsbeiträgen auf eine sachliche Ebene zurückzukehren.

Uns liegt viel daran, Süddeutsche.de gemeinsam mit unseren Nutzern zu einer Plattform zu machen, auf der eine sinnvolle und respektvolle Debatte möglich ist.

Wir möchten Sie bitten, Ihren Teil zu einer sachbezogenen Diskussion beizutragen.

Vielen Dank für Ihr Verständnis.

Mit freundlichen Grüßen,

** ******

Team Social Media

Süddeutsche Zeitung Digitale Medien GmbH

Hultschiner Str. 8

DE 81677 München

E-Mail: debatte@sz.de

Eine kleine Bemerkung am Schluss, zum Thema „Sachlichkeit“. Ich zitiere hier mal die ersten Sätze aus Prantls Kommentar. Den sachlichsten mag sich jeder aussuchen. Er könnte zum „Prantl des Monats“ gewählt werden. Wer macht das Rennen?

Aus einer Asylgarantie wurde eine Abschiebungsgarantie:

Vor 20 Jahren hat der Bundestag das Asylrecht faktisch abgeschafft.

Heute zahlen Deutschland und EU viel, damit Asyl dort hinkommt, wo die Vertriebenen herkommen.

Damit schützen sie ihre Grenzen, aber nicht die Flüchtlinge.

- » Die Süddeutsche und [ihr Zensor \(Teil II\)](#)
 - » Die Süddeutsche [und ihr Zensor \(Teil I\)](#)
-

Klonovsky über Merkeys Integrationspolitik

Als Angela Merkel auf dem 6. Integrationsgipfel für „geistige Offenheit“ gegenüber Zuwanderern plädierte, fühlte ich mich sofort angesprochen und irgendwie auch lobend erwähnt. Meine Frau kommt aus Israel, meine Schwiegereltern stammen aus Russland, einer meiner Söhne ist Halbjapaner, meine Tante Ungarin, meine Schwägerin Vietnamesin. Meine Altvordern stammen aus Polen. In meiner Familie wird (sich) integriert, dass es brummt. Grüß Gott, Frau Merkel! Aber natürlich fühlte ich mich überhaupt nicht angesprochen. Deutsche Integrationsgipfel finden ja nicht wegen Russen und Israelis statt, auch nicht wegen Asiaten und Mitteleuropäern, die brauchen so etwas nicht, denn sie kommen in der Regel allein klar, suchen sich Jobs, Studienplätze, Partner und machen ihr Ding. Es waltet nach meinen Beobachtungen in diesem Land keine kollektive Abneigung gegen Ausländer, die ihre Rechnungen selbst bezahlen wollen. Integrationsgipfel indes werden hierzulande für Zuwanderer muslimischer Abstammung oder

Prägung veranstaltet. (Weiter bei michael-klonovsky.de, 29. Mai 2013)



Erneute Anklage gegen Milli Görüs



Die

Staatsanwaltschaft Köln [hat einem Bericht](#) zufolge erneut Anklage gegen den Generalsekretär der Islamischen Bruderschaft Milli Görüs e.V. (IGMG), Oguz Ücüncü (Foto), erhoben. Er soll gemeinsam mit drei früheren IGMG-Spitzenfunktionären mehr als elf Millionen Euro veruntreut haben, wie der „Spiegel“ am 27. Mai 2013 berichtete.

(Von Verena B., Bonn)

Zwischen den Jahren 2005 und 2009 sollen die Beschuldigten anlässlich des islamischen Opferfestes von Gläubigen etwa

377.000 Einzelspenden in Höhe von je 100 Euro eingesammelt und davon fast ein Drittel zweckentfremdet haben, heißt es in dem Bericht. Außerdem wirft die Kölner Justiz Ücüncü in einem zweiten Verfahren vor, mehrere Millionen Euro Steuern hinterzogen zu haben. Die Männer sollen Körperschafts- und Gewerbesteuer sowie den Solidaritätszuschlag unterschlagen haben.

Bereits im Juli 2010 hatte die Staatsanwaltschaft München den Verdächtigen unter anderem Geldwäsche und Betrug vorgeworfen und vermutet, dass mit den erschwindelten Geldern islamistische Gruppen im Raum München und Ulm unterstützt wurden. Die sieben Männer, die unter anderem in München, Hamm und Berlin wohnen, hatten sich nach damaligem Erkenntnisstand schon vor einigen Jahren zu einer kriminellen Vereinigung zusammengeschlossen. Kopf der Gruppe und Hauptbeschuldigter sei Ibrahim El-Zayat, sagte der Sprecher der Münchner Staatsanwaltschaft auf Nachfrage des WDR. El-Zayat ist Ex-Vorsitzender der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD).

Seinerzeit fand eine bundesweite [Aktion von Justiz und Polizei](#) gegen die islamische Organisation statt: 26 Objekte der Gemeinschaft wurden in deutschen Großstädten durchsucht. In Kerpen bei Köln wurden Computer und Schreibtische durchsucht und etliche Akten und Festplatten sichergestellt. Um alles abzutransportieren, waren mehrere Stunden Arbeit und mehr als 20 Mannschaftsbusse der Polizei nötig. Parallel zum Einsatz im Rheinland wurden Geschäftsräume unter anderem in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und München und offenbar auch die Privatwohnungen mehrerer Verantwortlicher untersucht.

Milli Görüs wies die Vorwürfe in einer Erklärung zurück. Auf der Homepage der Organisation war allerdings von einer „Opfertierkampagne“ die Rede. Nach diesbezüglichen Angaben wurden unter anderem Aktionen in Malawi, Pakistan und Bosnien unterstützt.

Die Gemeinschaft ist mit ca. 31.000 Mitgliedern die größte islamistische Organisation in Deutschland. Sie betreibt allein in der Bundesrepublik über 300 Moschee- und Kulturvereine, erhebt Anspruch auf gesellschaftliche Dominanz und strebt nach der Vorherrschaft im Islam. Dazu betrieb sie seinerzeit eine Kampagne, um ihre Mitglieder zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit zu motivieren. Leitfaden der Milli Görüs sind der Koran und die Scharia. Die nicht-islamische Gesellschaftsordnung soll abgeschafft werden. Der Verfassungsschutz beobachtet Milli Görüs schon seit längerer Zeit wegen des Verdachts islamistischer Bestrebungen. Langfristiges Ziel der Organisation sei eine „islamische Weltordnung“, die auf einer „Ablehnung westlicher Demokratie“ beruhe.

Nachdem das Bundesinnenministerium am 12. Juli 2010 den in Frankfurt am Main ansässigen Verein „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“ (IHH) verboten hatte, wurden im Laufe des Tages 18 Objekte an Rhein und Ruhr durchsucht. Betroffen war unter anderem die Zentrale von Milli Görüs in Kerpen im Rhein-Erft-Kreis. Der IHH wurde vorgeworfen, unter dem Vorwand der Wohltätigkeit Spenden für die radikalislamische Hamas gesammelt zu haben. (dpa, GA vom 13.07.10)

Die Münchner Staatsanwaltschaft beschrieb El-Zayat in einer Pressemitteilung als Bevollmächtigten eines europaweit agierenden Vereins mit Sitz in NRW. Dieser Verein soll für türkische Gruppierungen den Erwerb von Immobilien koordinieren, die dann als Moscheen und Gebetsstätten genutzt werden. Wesentlich erschien der Staatsanwaltschaft, dass er auch in führenden Funktionen in zahlreichen Vereinen und Organisationen involviert ist, die zum Teil dem islamistischen Spektrum zuzuordnen sind. So ist er auch Europa-Repräsentant der saudi-arabischen „Weltvereinigung Muslimischer Jugend“ (WAMY). Deren Vertreter in den USA waren bis zum 11. September 2001 zwei Brüder von Osama bin Laden. Die WAMY wird vom FBI als „suspected terrorist organisation“, also als „vermutliche

Terrororganisation " geführt. Noch 2002 hat die WAMY in Großbritannien bei einem Jugendtreffen nicht nur Koran-Rezitationen angeboten, sondern auch Lektionen im Gewehrschießen erteilt. (Quelle: Bayerisches Ministerium des Inneren)

El-Zayat selbst, beziehungsweise die von ihm vertretenden Organisationen, sollen direkten Bezug zur Muslimbruderschaft unterhalten. Diese Gruppierung ist vor allem in Ägypten sehr stark und propagiert einen politischen Islam, der gegen die Trennung von Staat und Gesellschaft kämpft. El-Zayat bestreitet allerdings, ein Muslimbruder zu sein.

Briand Bingül, Redaktionsleiter der WDR-Sendung „Cosmo TV“ und Experte für Integration, meinte, dass der 10. März „kein guter Tag für den organisierten Islam“ gewesen sei und die Anschuldigungen besonders brisant seien, weil sie sich gegen „zwei Frontfiguren des organisierten Islams“ richteten. Milli Görüs und die IGD waren direkt oder indirekt an der Islamkonferenz beteiligt, zu der der damalige Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) regelmäßig einlud. Bingül: „Da muss sich Schäuble fragen, mit wem er da redet. Da tauchen ja in gewisser Regelmäßigkeit Fragezeichen auf. Der Sprecher der Münchner Staatsanwaltschaft legte indes Wert darauf, dass nicht gegen die Organisation selbst, sondern gegen eine Einzelperson ermittelt werde. Bingül konterte: „Das sind so schwerwiegende Vorwürfe, das ist kein guter Tag für den organisierten Islam in Deutschland.“

Am 21. September 2010 berichtete die FAZ, dass Ücüncü nicht mehr unter dem Tatverdacht des Betrugs und der Bildung einer kriminellen Vereinigung stehe und das Verfahren eingestellt worden sei!

Besonders pikant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass eine vom Landesinnenministerium als antidemokratisch und antisemitisch eingestufte islamistische Vereinigung, die vom Verfassungsschutz beobachtet wird, gleichzeitig vom Bundes/-

Landes-Finanzministerium als gemeinnützig, damit als steuerlich begünstigt erklärt wird und Spenden somit abzugsfähig sind. Im Finanzministerium wollte man sich seinerzeit diesbezüglich „Gedanken machen“. Da diese Gedanken unangenehm sind, schlafen die zuständigen Beamten lieber politisch korrekt weiter. Ob die Wiederaufnahme des Verfahrens diesmal zum Erfolg führen wird? Wohl kaum!

Die Sache mit der Polygamie



In seinem kürzlich erschienenen Buch „Neukölln ist überall“ merkt Heinz Buschkowsky auf Seite 361 an, dass nach seiner Beobachtung, zumindest in Berliner Migrations-Kreisen, die der islamischen Glaubensgemeinschaft angehören, die Familienstruktur der Polygamie (Buschkowsky nennt es etwas robuster „Vielweiberei“) in zunehmendem Maße Akzeptanz und Anwendung findet.

(Von Peter R.)

Polygamie ist in westlichen Ländern verpönt – ja sogar ein Straftatbestand – wird jedoch bei unseren Mitbürgern und Gästen muslimischen Glaubens toleriert und in gewissen zivilrechtlichen Zusammenhängen offenbar sogar belohnt.

Um eine Antwort auf die Frage nach dem „Warum“ des von Buschkowsky erwähnten Phänomens geben zu können, muss ich einige Jahre in die Vergangenheit zurückgehen: Ich bereiste damals einen großen Teil von Nordafrika (damals konnte man

dies noch, ohne sein Leben aufs Spiel zu setzen). In Fez, Marokko, nahm ich ganztägig die Dienste eines einheimischen Stadtführers in Anspruch – eines sehr angenehmen und auch relativ gebildeten Herrn, altersmäßig an der unteren Grenze der Fünfziger. Wir bauten im Laufe des Tages ein sehr gutes Verhältnis auf und er honorierte dies, indem er mich zum Abendessen zu sich nach Hause einlud.

Es war ganz offensichtlich nur eine Ehefrau vorhanden und ich erkundigte mich im Lauf unserer Unterhaltung diskret, wie es denn im Land meines Gastgebers mit der Häufigkeit der vom Koran erlaubten Ehe mit mehreren Frauen stünde. Die Antwort war, dass aufgrund der wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes (die damals besser waren als heute) nur eine verschwindend geringe Oberschicht sich mehr als eine Ehefrau "leisten" könne. Selbst er, der im Rahmen seiner Fremdenführertätigkeit ein relativ molliges und konstantes Einkommen habe, könne dies nicht, ohne drastische Einschnitte in seinem Lebensstil in Kauf nehmen zu müssen.

Was also ist das Geheimnis dahinter, dass ein Luxus, der in einem muslimischen Land außerhalb der finanziellen Reichweite des Normalbürgers liegt, in Deutschland durchaus erschwinglich ist?

Könnte es sein, dass das Zauberwort denkbar einfach ist und **HARTZ IV** lautet?

Ein Hoch auf diese segensreiche Institution, die uns nicht nur erlaubt, Menschen aus aller Herren Länder zur Übersiedlung in die Bundesrepublik zu bewegen, sondern auch die libidinösen Bedürfnisse unserer muslimischen Gäste und Mitbürger optimal zu bedienen.

Einmal ganz abgesehen von der Förderung der natürlichen Multiplikations-Möglichkeiten in Bezug auf die Gesamtzahl der künftigen Hartz IV-Berechtigten in den einschlägigen Haushalten.

Quo usque tandem.

» So funktioniert Polygamie auf [Kosten des deutschen Steuerzahlers](#)



Erdogan: Herrschaft des christlichen Byzanz ein «dunkles Kapitel»



Der türkische

Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan hat die Herrschaftszeit der christlichen Byzantiner in der heutigen Türkei als [«dunkles Kapitel»](#) bezeichnet. Mit der Eroberung von Konstantinopel und dem Sieg über das Byzantinische Reich im 15. Jahrhundert hätten die muslimischen Osmanen ein «Zeitalter der Erleuchtung» eingeleitet, sagte Erdoğan am Mittwoch lau

KNA. Der islamistische Premier sprach bei der Grundsteinlegung für eine neue Autobahnbrücke über den Bosphorus in Istanbul, die am Jahrestag der Eroberung von Byzanz am 29. Mai 1453 stattfand. Ohne Kommentar!

Paderborn: Mahnwache für Soldat Lee Rigby

☒ Am Sonntag versammelten sich kurzfristig 17 Aktivisten der [German Defence League](#)-Divisionen Lahn-Dill, Aachen, Köln und Bielefeld samt Unterstützern vor einer britischen Kaserne in Paderborn. Nach dem barbarischen Mord an dem Soldaten und Familienvater Lee Rigby in London-Woolwich hielten sie eine Mahnwache ab, um zu verhindern, dass diese entsetzliche Gräueltat im Namen der „Religion des Friedens“ in Vergessenheit gerät.

(Von der Köln-Division der German Defence League)

Vor Ort durfte die Mahnwache, entgegen der eigentlichen Genehmigung, direkt vor dem Kasernentor unter einem trockenen Unterstand durchgeführt werden. Dieses Entgegenkommen ist nicht selbstverständlich. Deshalb noch mal einen aufrichtigen Dank an den anwesenden Polizisten, der uns eine Verlegung problemlos gewährte und uns nicht im strömenden Regen stehen ließ.

Die Torwache gegenüber winkte uns zu, Autofahrer hupten und uns streiften auch teils interessierte, teils irritierte Blicke vorbeilaufender Passanten. Vielleicht haben wir den einen oder anderen aufrütteln können.

Vermutlich aufgrund der kurzfristigen Anmeldung und/oder des

unschönen Wetters waren weit und breit keine Gegendemonstranten zu sehen.

Zum Abschluss kehrten die durchnässten Teilnehmer noch in ein Gasthaus ein, um sich aufzuwärmen und das Ganze noch ein Mal Revue passieren zu lassen.

Brief an Kolat: Rutschen Sie mir den Buckel runter

Allerwertester Herr Kolat! Hin und wieder nehme ich Ihre öffentlichen Äußerungen (aktuell: die Forderung nach einer Migranten-Quote in Amtsstuben) zur Kenntnis. Kopfschüttelnd, muss ich sagen. Und das, obwohl ich selbst einen „Migrationshintergrund“ habe. An einem Tag des Jahres 1961 stand mein Vater mit einigen Habseligkeiten im Koffer auf einem Bahnsteig irgendwo im Ruhrgebiet. Zurückgelassen hatte er das bitterarme sardische Bergdorf, in dem er aufgewachsen war und in dem es für ihn keine Zukunft gab. In Deutschland suchte man Arbeitskräfte, also hatten er und ein paar weitere junge Männer sich auf den Weg ins Ungewisse gemacht. Von Willkommenskultur war damals keine Rede, von „Einwanderern“, die eine Bereicherung für die Gesellschaft darstellten, erst recht nicht. Tatsächlich schaute man zu jener Zeit allgemein auf die Ausländer oder „Gastarbeiter“ herab, die Schmähung als „Itaker“ oder „Spaghettifresser“ war keine Seltenheit. (Weiter auf der [Achse des Guten](#))

Fjordman: Ein europäischer Frühling

Am 22. Mai 2013 haben zwei afrikanische militante Moslems, bewaffnet mit Messern und Koranzitaten, einen britischen Soldaten in hellem Tageslicht auf den Straßen von London, England, in der Nähe der Royal Artillery Barracks in Woolwich geköpft. Die Mörder priesen daraufhin Allah und sagten, daß die Briten in ihren eigenen Straßen nie wieder sicher sein würden. Zu genau der gleichen Zeit brachen in einigen der von Immigranten beherrschten Stadtteile von Stockholm, Schweden größere Unruhen aus und setzten sich Nacht für Nacht fort mit Abfackeln von Autos und Attacken gegen die Polizei unter Rufen von „Allahu akhbar!“

(Von Fjordman / Original: [A european spring](#), Gates of Vienna / Übersetzung: Klaus F.)

Ähnliche Unruhen haben bereits viele Male in anderen westeuropäischen Länder wie Frankreich stattgefunden. Und dort nicht nur in Paris. In der südlichen Stadt Marseille, die heute bereits teilweise eine arabische und afrikanische Stadt ist, hat das Problem der Straßenkriminalität solche Ausmaße erreicht, daß sich sogar sozialistische Politiker für die Entsendung der Armee gegen die Banden aussprechen – die überforderte und unterbesetzte örtliche Polizei hat die Kontrolle über diese Gebiete vor Jahren verloren.

Der unbewaffnete britische Soldat, der von zwei islamischen Fanatikern in London geköpft wurde, wurde später als Lee Rigby identifiziert – ein 25-jähriger „burschikoser und humorvoller“ Dienstuender, beschrieben als ein „liebender Vater“ seines zweijährigen Sohnes Jack. Zeugen sagten, die mutmaßlichen Täter „hieben und hackten“ auf seinen Körper ein und riefen dabei den islamischen Ausdruck „Allahu akhbar!“ Der britische Premierminister David Cameron verlautbarte, daß dieser

barbarische Mord „das vereinigte Königreich zusammenbringen“ und „uns stärker machen“ würde. In einer Rede im Freien vor Downing Street sagte der Premierminister, die Attacke wäre ein „Verrat am Islam“. Sehr ähnliche Ansichten wurden von Londons Bürgermeister Boris Johnson wiederholt, ein weiterer angeblicher „Konservativer“, sowie von zahllosen anderen westlichen Führungspersönlichkeiten und Medienkanälen. Das einzige Problem dabei ist, daß dies nicht wahr ist.

Nein, Premierminister, das Köpfen von Nichtmoslems wird seit Jahrhunderten rund um die Welt praktiziert. Dschihad ist kein „Verrat am Islam“, er ist Islam. Der einzige „Verrat“ hierbei ist derjenige von Leuten wie Mr. Cameron und der westlichen regierenden Klasse, die er repräsentiert. Sie verraten ihre eigenen Völker und Länder jeden Tag dadurch, daß sie nicht aufhören islamische Fanatiker in westliche Städte hereinzulassen, von Österreich bis Australien und von Finnland bis Kanada, wo sie unsere Söhne und Töchter belästigen, unsere Gesetze und Lebensgewohnheiten verspotten und uns mit Terrorismus bedrohen. Die Tage, da diese regierenden Eliten behaupten konnten, daß sie die Auswirkungen ihrer Politik „nicht kannten“, sind nun längst vorbei. Die negativen Auswirkungen sind überall um uns herum zu sehen, von Moslem-kontrollierten Straßen in Neukölln, Berlin bis zu den Terroropfern von Madrid, Spanien.

Am 11. September 2011, dem zehnten Jahrestag der „9/11“-Terrorattacken islamischer Dschihadisten, die Tausende von amerikanischen Zivilisten töteten und beabsichtigten Hunderttausende mehr zu töten, wurde drei jüdischen Männern in Waltham, Massachusetts die Kehle von einem Ohr zum anderen aufgeschlitzt und sie beinahe geköpft. Es existieren Hinweise, daß die Brüder Tamerlan und Dzhokar Tsarnaev, die verdächtigt werden die Bombenangriffe auf den Boston Marathon am 15. April 2013 ausgeführt zu haben, auch in den Dreifachmord zwei Jahre zuvor verwickelt waren. Ihr Vater ist ein tschetschenischer Moslem und ihre Mutter ist eine sehr tiefgläubige moslemische

Frau. Die Tsarnaev-Brüder kamen als Flüchtlinge in die USA, und zahlten diese Güte mit Terrorismus und Mord heim. Möge ihr Beispiel als eine Lektion für den naiven westlichen Menschen dienen.

Die Attacke von London ist bei weitem nicht das einzige Mal, daß Moslems die Kehlen von Nichtmoslems aufgeschlitzt haben, was in fast genau der gleichen Weise ausgeführt wird wie die Halal-Schlachtung von Schafen. Wenn Dschihadisten Lehren des Korans benutzen, um „Ungläubige“ mit Tieren zu vergleichen, dann sind dies nicht nur leere Worte. Das gleiche passierte mit Theo van Gogh in den Straßen von Amsterdam, zum Beispiel, und das Köpfen findet reichlich Unterstützung in islamischen Texten und etablierter Praxis vom Anfang bis heute.

Wie der englische Patriot Paul Weston auf der Website „Gates of Vienna“ kommentierte, erschien PM Cameron tapfer und staatsmännisch in einigen seiner öffentlichen Statements, aber durch das absichtliche Auslassen von Worten wie „Moslem“, „Islam“ oder „Dschihad“ verfehlte er die Hauptsache. Londons Bürgermeister Boris Johnson machte seine Haltung und Einstellung des Appeasement sogar noch offensichtlicher, als er behauptete, es sei „vollkommen falsch, den Islam für diesen Mord verantwortlich zu machen.“

Robert Spencer legt bei Jihad Watch gebührend die Koranverse dar, die von diesen moslemischen Mördern in London in die Tat umgesetzt wurden. Dennoch behaupteten selbst einige angeblich rechtsstehende Zeitungen und Medienkanäle absurderweise, die Köpfung habe mit dem Islam nichts zu tun. Die Leugnung ist so tief und psychologisch faszinierend, wie sie verstörend ist.

Während den Olympischen Spielen 2012 hat London zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg Luftabwehrgeschütze auf Dächer gesetzt. In welchem Krieg ist Britannien diesmal genau? Sie sollten das nicht laut aussprechen. Moslems haben so ziemlich jede Freiheit, Haß zu spucken in ihren Moscheen, aber wenn die Einheimischen in einer einfachen Twitter-Nachricht im Internet

auf die den islamischen Lehren innewohnende Gewalt hiweisen oder die aggressive dschihadistische Eroberungskampagne, die gegen sie und ihre Familien stattfindet, dann kann die Polizei sie wegen „Anstiftung zu religiösem Haß“ verfolgen. Das ist nicht aus einem Roman von George Orwell, der Generationen früher geschrieben wurden; es ist die Realität britischen und westlichen Lebens heute.

Innerhalb weniger Tage wurden elf Menschen aus verschiedenen Teilen des Vereinigten Königreichs wegen „rassistischer oder antireligiöser“ Kommentare im Internet bei Diensten wie Facebook oder Twitter verhaftet. Ein 22-jähriger Mann erschien vor dem Magistrat in Lincoln, angeklagt eine „grob beleidigende“ anti-moslemische Nachricht in der Folge des barbarischen Mordes von Woolwich gepostet zu haben. Die Lincolnshire Police warnte Nutzer von sozialen Netzwerkseiten, daß sie mit Verhaftung zu rechnen haben, wenn ihre Mitteilungen geeignet seien, Rassenhaß oder Gewalt anzustacheln. Ein 23-jähriger und ein 22-jähriger aus Bristol wurden nach dem Public Order Act festgesetzt unter dem Verdacht, rassistischen oder religiösen Haß anzustacheln. Die Polizei hat drei Personen im Vorfeld einer Protestveranstaltung der EDL wegen angeblichem Posten rassistischer Twitter-Nachrichten verhaftet.

Während Moslems britische Bürger in britischen Straßen abschlachten und Banden moslemischer Einwanderer sexuelle Folter gegen einheimische Kinder sogar im Alter von nur zehn Jahren ausüben, die als „weiße ungläubige Huren“ abgetan werden, liegt das Hauptaugenmerk der Eliten aus Politik und Medien darauf, rigoros gegen Gruppen wie die English Defence League (EDL) vorzugehen. Die sind angeblich gefährliche und spalterische „Extremisten“, weil sie Proteste organisieren gegen die zuvor genannten Grausamkeiten, die aus der Einwanderungspolitik resultieren, die von den Eliten seit Jahrzehnten betrieben wird.

Im wesentlichen ist die Antwort der westlichen politischen und

Medien-Eliten auf jede und alle islamischen Grausamkeiten in unseren Ländern, zu sagen: „Dies ist eine Tragödie, für die niemand wirklich verantwortlich ist. Muslime sind ihre primären Opfer, weil es die Islamophobie steigert. Nun, geht zurück in eure Häuser, seid still und schaut euch etwas über die Übel weißer Privilegien im Fernsehen an. Und schreibt bloß nichts darüber im Internet, oder die Behörden werden euch wegen Rassismus und Haßrede anklagen, nur weil ihr nicht eure Kinder dem rassistischen und religiösen Haß der rückständigen Stämme aussetzen wollt, die wir gerade ins Land gelassen haben und weiterhin ohne Ende ins Land lassen werden.“

Ich habe Kommentare von einigen gehört, die unter kommunistischen Regimes aufgewachsen sind. Ja, sie verabscheuten die Unterdrückung und wirtschaftliche Not, aber mehr als alles andere haßten sie die Lügen. Ihnen wurden von den Medien und Akademien andauernd Dinge erzählt, deren offenkundige Unwahrheit sie mit ihren eigenen Augen sehen konnten, dennoch wurde von ihnen verlangt alles ohne zu hinterfragen nachzuplappern, andernfalls drohte Jobverlust oder Ärger mit dem Gesetz.

Es ist bemerkenswert, wieviele ähnliche Probleme wir unter multikulturalistischen Regimes im modernen Westen sehen können. Die regierenden Eliten scheinen darüberhinaus die gleichen utopischen Sehnsüchte zu teilen, verbunden mit Verachtung für gewöhnliche Menschen und dem Wunsch, sie als Versuchskaninchen in grandiosen Experimenten in Social Engineering zu benutzen, um den „neuen Menschen“ zu schaffen.

Was mich wirklich ärgert an den Reaktionen auf die jüngste Welle islamischer und drittweltlicher Gewalt in diesem Frühling 2013, von Boston über London bis Stockholm, ist der ganze Unsinn, der uns von unseren Politikern und der Presse aufgetischt wird. Ich habe dieselben Lügen schon früher gehört, wieder und wieder und wieder über Jahre. Es macht mich krank und ich habe die Nase voll davon, so wie es Millionen und wahrscheinlich Dekamillionen anderer Bürger in der ganzen

westlichen Welt auch ergeht.

Nun, da meine reale Identität öffentlich bekannt ist, kann ich bestätigen, daß ich am 11. September 2001, oder 9/11, in der größten Stadt der arabischen Welt als Student der arabischen Sprache an der American University in Kairo war. Meine anti-islamische Einstellung begann sich bereits deutlich vor diesem Datum zu entwickeln – und viele andere Ereignisse danach beschleunigten diesen Trend – aber während 9/11 in Ägypten zu leben war sicherlich lehrreich.

Die Tatsache, daß viele der örtlichen Moslems ganz glücklich waren über diesen dschihadistischen Angriff gegen die Ungläubigen und den Großen Satan, hat mich nicht sehr überrascht; ich wußte bereits, daß die islamische Kultur des Mittleren Ostens einen machtvollen Unterstrom aus Haß gegen alles Nichtislamisches besitzt, verbunden mit extrem weitverbreiteten Verschwörungstheorien der absurdesten Varietät, die man sich nur vorstellen kann, an die selbst viele gebildete Einheimische glauben und sie im Fernsehen wiedergeben.

Was mich am meisten schockierte und enttäuschte an 9/11 ist das Ausmaß, in welchem westliche Massenmedien, Akademien und politische Führer sich in kompletter Selbsttäuschung über die dschihadistische Aggression hinter dieser Attacke befanden und versuchten, diese zu vertuschen.

Die Probleme der Verleugnung und Beschwichtigung haben sich seither nur vergrößert. Eine volle Dekade nach den tödlichen islamischen Attacken von 2001 haben die USA einen Präsidenten, Barack Hussein Obama, der in seiner berühmten Kairoer Rede sagte, daß er es als seine Aufgabe betrachte, negative Ansichten über den Islam zu bekämpfen, wo immer sie existieren. Eine vergleichbare Situation wäre ein Statement eines Präsidenten der Vereinigten Staaten eine Dekade nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor, daß er es als seine Pflicht als US-Präsident betrachte, negative Ansichten über

das Kaiserreich Japan oder Nazi-Deutschland zu bekämpfen, wo immer diese in der Welt existieren mögen. Dies wäre von außen als ein Zeichen der Niederlage und Unterwerfung angesehen worden, und mit Recht.

Obama stand in diesem Fall unglücklicherweise zu seinem Wort. Die Dschihadisten vom Terrornetzwerk Al-Qaida, die die Angriffe am 11. September 2001 in den USA ausführten, waren teilweise Anhänger des islamischen Ideologen Sayyid Qutb, der ein Anführer der Moslem-Bruderschaft in Ägypten war. Zehn Jahre später half die Obama-Regierung in den USA einem Regime der Moslem-Bruderschaft an die Macht in Ägypten und fiel einem loyalen Verbündeten, Hosni Mubarak, in den Rücken.

Überall in der westlichen Welt breitet sich Selbstzensur und allmähliche Unterwerfung unter islamische Forderungen und Einschüchterungen immer mehr aus. Es gibt keinen Weg, dem zu begegnen, ohne an die Wurzeln des Problems zu gehen, von welchen die wichtigste die moslemische Einwanderung ist. Islamische Länder und Organisationen sollten auch davon ausgeschlossen werden, in überlebenswichtige Infrastrukturen in Ländern des Westens zu investieren oder sie zu kaufen, einschließlich arabischer Petro-Dollars, die an westliche Universitäten oder Schulen gespendet werden.

Die Selbstzensur ist mehr und mehr ganz einfach nur auf körperliche Angst vor Attacken und Terrorismus zurückzuführen. Diese Kultur der Angst ist das erste Anzeichen von Islamisierung und die Einführungsphase des Dhimmitums, jenem zutiefst erniedrigenden Status von Nichtmoslems unter moslemischer Herrschaft. Die unabhängige Wissenschaftlerin Bat Ye'or wurde vom akademischen Establishment verspottet, aber in ihrer ausgezeichneten Arbeit hat sie die Mechanismen des Dhimmitums mit beängstigender Genauigkeit erklärt und vorhergesagt.

Islam bedeutet nicht „Frieden“, sondern „Unterwerfung“. Moslems sind verpflichtet, sich Scharia-Gesetzen zu

unterwerfen, aber alle Nichtmoslems auf dem Planeten sollten sich ebenfalls unter moslemische Herrschaft unterwerfen, und zwar solange, bis auch sie letztendlich den Islam annehmen. Moslems haben nicht nur das Recht, sondern eine Pflicht von Allah, gegen jeden anderen auf der Erde Krieg zu führen, bis sie sich islamischer Herrschaft unterwerfen.

In der islamischen Kultur findet sich etwas, das Taqiyya genannt wird, der Gebrauch von Täuschung, wodurch es unter gewissen Umständen erlaubt ist zu lügen, wenn es der Sache des Islams förderlich ist. Dieses Prinzip wird nicht nur von Schiiten, sondern auch Sunniten wie dem palästinensischen dschihadistischen Terroristen Yasser Arafat, Friedensnobelpreisträger, praktiziert.

Dennoch, obwohl diese Täuschung häufiger praktiziert wird als viele Nichtmoslems begreifen, heißt das nicht, daß alle Moslem die ganze Zeit über ihre Absichten lügen. Einige von ihnen können ziemlich offen über ihre Ziele und Ansichten in ihren Äußerungen sein. Was so rätselhaft und verstörend mitanzusehen ist, ist die Tatsache, daß, selbst wenn einige Moslems ihren gewalttätigen Haß gegen uns offen aussprechen, Angehörige der westlichen herrschenden Klasse üblicherweise sich überschlagen, dies zu vertuschen.

Mit anderen Worten: Moslem können manchmal lügen und tun das auch, aber westliche Massenmedien und Politiker lügen noch viel mehr. Vielleicht glauben einige davon ihren eigenen Unsinn wirklich und belügen sich damit selbst, aber ganz sicherlich lügen sie gegenüber uns.

Ein einschlägiges Beispiel ist die öffentliche Köpfung in London, wo die Täter buchstäblich ihre islamischen Glaubenssätze hinausschrieten und mit ihrer Absicht prahlten, uns in unseren eigenen Straßen zu ermorden, zu erniedrigen und unsere Länder zu erobern. Dennoch antwortete die westliche herrschende Klasse darauf, indem sie sagte, die Attacke habe mit dem Islam nichts zu tun. Die gleichen Leute, von der New

York Times bis zur BBC, neigen dazu, die Aussagen des moslemischen Mörders von Theo van Gogh herunterzuspielen, der van Goghs Kehle in einer öffentlichen Straße aufschlitzte. Er ist ein stolzer Dschihadist, der einen Ungläubigen tötete, der als einer angesehen wurde, der den Islam verspottete.

Es gab viel Gerede über einen „Euro-Islam“, aber die simple Wahrheit ist, daß es keinerlei praktische Anzeichen irgendeiner bevorstehenden islamischen „Reformation“ gibt. Im Gegenteil, was wir in Wirklichkeit sehen, ist eine Welle von dschihadistischer Aggression, die über die Welt hinwegfegt. Auch hat noch keiner überhaupt eine überzeugende theoretische Beschreibung des Weges geliefert, wie der Islam reformiert werden könnte, jedenfalls nicht, wenn wir mit „Reform“ irgendetwas mit Friedfertigkeit, Gewaltlosigkeit und säkularen Gesetzen verbinden.

Selbst wenn es allen Erwartungen zum Trotz möglich sein sollte, den Islam zu reformieren, würde ein solcher chaotischer und turbulenter Prozeß höchstwahrscheinlich Generationen gewalttätiger und blutiger Konflikte beinhalten. Wenn der Islam nicht reformiert werden kann, wird das Ergebnis davon dschihadistische Gewalt sein. In dem sehr unwahrscheinlichen Fall, daß der Islam doch reformiert werden kann, wird dies wahrscheinlich ebenfalls Generationen von dschihadistischer Gewalt zur Folge haben. Schon heute, wenn Moslems irgendwo eine kleine Minderheit ausmachen, nur wenige Prozentpunkte unserer Bevölkerung, verursacht die islamische Präsenz Terrorismus, Mord und Chaos.

Was dies bedeutet, ist, daß die Obrigkeit in allen westlichen Ländern heute eine Einwanderungspolitik betreibt, die praktisch unweigerlich Schmerz, Leid, Gewalt, Terrorismus und Verlust von Freiheit auf allen Ebenen verursacht. Nach all der praktischen Erfahrung, die aufzeigt, daß genau dies das Ergebnis ist, das wir wohl bekommen, fahren sie fort, die gleiche Politik zu betreiben, als sei nichts passiert, und gehen gegen Kritiker derselben vor. Diese pervertierte Politik

muß aufhören, und zwar gleich.

Anfang Mai 2013 hat die Wirtschaftstageszeitung Finansavisen in Norwegen eine Serie von Artikeln veröffentlicht, die aufzeigen, wie teuer die nichtwestliche Masseneinwanderung das Land zu stehen kommt. In diesem Fall lag das Hauptaugenmerk auf Sozialhilfezahlungen. Das ist ein ernsthaftes Problem für sich. Im benachbarten Dänemark hat der Autor und Historiker Morten Uhrskov Jensen ein gut recherchiertes Buch veröffentlicht, das die selben Muster aufzeigt, und was inzwischen in vielen westlichen Ländern gut dokumentiert ist. Alle Einwanderung aus der Dritten Welt, nicht nur von Moslems, ist teuer.

Doch während die Kosten solcher Masseneinwanderung nur in Form von Geld schon schlimm genug sind, ist eine der negativsten Auswirkungen der Vertrauensverlust und die Tatsache, daß man sich in den Straßen seines eigenen Landes nicht länger sicher fühlt aufgrund der importierten ethnischen Kriminalität und ausländischen Mafias. Dies ist im Zeitraum einer einzigen Woche im Mai 2013 schmerzhaft illustriert worden durch die Unruhen in Stockholm, Schweden und den barbarischen Mord durch Köpfung an einem britischen Soldaten im hellen Tageslicht – nicht in Afghanistan oder Jemen, sondern in den Straßen von London, England.

Das schwerwiegendste Problem von allen aber, welches überhaupt nicht mit einem Preisschild versehen werden kann, ist die Tatsache, daß Europäer in vielen Ländern allmählich nicht nur ihre Freiheiten verlieren, sondern ihre Länder selbst und deren Existenz als selbständige Nationen. Wenn sich gegenwärtige Trends fortsetzen, werden Einheimische in diesem Jahrhundert zu Minderheiten werden in Gebieten wie Britannien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Schweden und Dänemark. Es ist nur eine Frage, in welchem Jahr dies passieren wird.

Dies ist die größte und schnellste demographische

Transformation des europäischen Kontinents, die jemals in der Geschichte verzeichnet wurde, möglicherweise die größte seit dem Ende der letzten Eiszeit, und doch sind die Einheimischen mehr oder weniger ausgeschlossen davon, Einsprüche gegen ihre ethnische Vertreibung zu erheben oder ordnungsgemäß zu debattieren, was diese massive Transformation beinhalten wird. Institutionen wie die Europäische Union tun nichts, um diesen Prozeß zu stoppen, sondern regen ihn aktiv an in dem bewußten Streben, die Nationalstaaten aufzulösen und die transnationale Herrschaft ungewählter und niemandem Rechenschaft schuldender Oligarchen zu etablieren.

Während westliche Obrigkeiten versuchen, „Demokratie“ in arabische oder islamische Länder zu exportieren, schwächen sie das demokratische System daheim, machen es mehr und mehr zu einer leeren Hülle, indem sie gewählte Institutionen aushöhlen und Macht an ungewählte Institutionen übergeben, in Brüssel oder anderswo. Während westliche Führer grenzenlose Bereitschaft zeigen, auf „legitime Beschwerden“ von Moslems einzugehen, zeigen sie äußerste Verachtung für Europäer und Menschen europäischen Ursprungs in Übersee. Die sollen den Mund halten, während die herrschenden Eliten ihre Länder niederreißen und ihr kulturelles Erbe verhöhnen. Westliche Herrscher und Massenmedien zeigen eine schockierende Gleichgültigkeit gegenüber den täglichen Erniedrigungen und Verbrechen, die die weiße Mehrheitsbevölkerung in ihren eigenen Ländern erleidet.

Der sogenannte Arabische Frühling hatte den einzigen Erfolg, Scharia-befürwortende Regimes an die Macht zu bringen, die der Erwartung nach westlichen Interessen feindlich gegenüberstehen. Doch das hat westliche Regierungen nicht davon abgehalten, diesen Trend weithin zu applaudieren und zu unterstützen. Sie haben auch nichts aus ihren Fehlern gelernt, sondern versuchen gerade, Oppositionsgruppen in Syrien zu unterstützen, von denen man weiß, daß sie dschihadistische Kämpfer in ihren Reihen haben, manche davon mit Verbindungen

zum Terrornetzwerk Al-Qaida. Daß unsere Obrigkeiten noch immer fortfahren, diesen Trend zu unterstützen, ist wahnsinnig und untragbar.

Was wir jetzt brauchen ist ein Europäischer Frühling, nicht ein Arabischer Frühling. Wir müssen die Herrschaft von ungewählten Autokraten abschaffen und die EU in ihrer gegenwärtigen und zunehmend totalitären Form zurückbauen. Es ist gut möglich, daß wir in diesem Jahrhundert wirklich eine Form von europäischer Kooperation über die Grenzen hinweg brauchen, um den Kontinent sicher zu halten gegen Bedrohungen von außerhalb – zum Beispiel von einem wiedererstarkenden Islam – und Europa als das natürliche Heimatland der europäischen Völker zu erhalten.

So ziemlich alles am tatsächlichen Aufbau der EU, wie sie heute existiert, ist unrecht. Sie ist eine totalitäre, bis ins Mark korrupte und allgemein nutzlose Organisation, die mehr Probleme schafft als sie löst, und wenig dafür tut, die europäische Zivilisation zu erhalten oder wiederzubeleben. Im Gegenteil, sie erleichtert es Außenseitern mit feindlichen Absichten, den Kontinent zu kolonisieren. Die EU ist daher die falsche Antwort auf die richtige Frage. Sie ist so tief und grundlegend fehlerbehaftet, daß sie in ihrer Gänze abgebaut und ihre Institutionen komplett abgeschafft gehören.

In allen westlichen Ländern, nicht nur in Europa, sondern auch in Nordamerika, Australien und Neuseeland, muß die Einwanderung sehr viel stärker beschränkt werden, als sie es heute ist. Nach meiner Ansicht sollte das für nichtmoslemische Einwanderung ebenfalls gelten, aber moslemische Einwanderung ist ein Sonderfall. Sie sollte sofort in allen westlichen Ländern gestoppt und dauerhaft eingestellt werden. Wenn man merkt, daß man in einem Loch fest sitzt, ist das erste, was man tut, mit dem Graben aufzuhören.

Aufhören mit den Lügen! Nein, Islam ist nicht eine Religion des Friedens; und nein, wir können nicht zulassen, daß er sich

in unseren Ländern ausbreitet.

Moslemische Einwanderung ist ein historischer Fehler von epischem Ausmaß gewesen. Sie ist uns bereits teuer zu stehen gekommen in Form von Geld, Verlust von Leben, verlorene Freiheit und erhöhte Sicherheitsmaßnahmen. Das krankhafte und böartige Gesellschaftsexperiment an einer ganzen Zivilisation muß beendet werden, und zwar jetzt gleich. Die verdrehten und gefährlichen Ideologien von offenen Grenzen und Multikulturalismus (aber nur für westliche Nationen) müssen diskreditiert und als Politik aufgegeben werden. Realistisch gesehen werden die herrschenden westlichen Eliten dies nicht freiwillig tun und müssen wahrscheinlich durch öffentlichen Druck dazu gezwungen werden.

Nicht nur sollten wir keinen weiteren Moslems erlauben in unseren Ländern zu siedeln; wir sollten damit beginnen, die Schlimmsten von denen auszuweisen, die bereits hier sind. Sie lediglich in ein weiches westliches Gefängnis zu stecken, wo sie immer noch islamische Enklaven bilden und daran arbeiten, andere Kriminelle zu den gewalttätigen dschihadistischen Lehren des Islams zu bekehren, ist auf lange Sicht nicht ausreichend.

Moslems kommen aus einer Kultur, die Tod und „Märtyrertum“ zelebriert, daher ängstigt das nicht alle von ihnen. Was aber ängstigt sie? In ihre rückständigen Heimatländer zurückgeschickt zu werden, wo sie mit ihren eigenen kaputten Kulturen leben müssen, ohne Nichtmoslems zu haben, die das Leben für sie komfortabel gestalten oder westliche Steuerzahler, die man ausnehmen kann. Wenn es das ist, was sie am meisten fürchten, dann ist es genau das, was sie bekommen sollten. Jegliche Promotion von Scharia oder Dschihad sollte gesetzlich verboten sein. Jegliche Verletzung dieses Verbots oder jegliche Verwicklung in schwere kriminelle Aktivitäten sollte automatisch zur Ausweisung und Rücksendung des Täters in das Heimatland seiner Vorfahren führen, selbst wenn er hier geboren wurde.

Für devote und ernsthafte Moslems sind unsere säkularen Gesetze illegitim und unsere Staatsbürgerschaft ein wertloses Stück Papier, außer insofern es dazu benutzt werden kann, an unser Steuergeld zu kommen. Wir sollten damit beginnen, sie beim Wort zu nehmen.

Weltwoche: Chaoten haben Bern verwüstet



Es ist gegen vier Uhr morgens, als der DJ vor der Berner Reitschule die Musik abdreht und eine Audiobotschaft abspielt. «Heute tragen wir unsere Wut auf die Strasse», sagt ein junger Mann mit gepresster Stimme, «heute lassen wir uns nicht unterdrücken von Kapitalismus und Konsum..»

Das Publikum, das eben noch friedlich getanzt hat, wird nervös: «Halt endlich die Fresse», ruft jemand, «wir wollen Musik!» Wenige hundert Meter entfernt, am Berner Hauptbahnhof, prügeln sich linke Chaoten, Hooligans und Randalierer mit der Polizei, zerstören Billettautomaten und schlagen Scheiben ein.

Die Demonstration «Tanz dich frei!», mit der Jugendliche für

mehr Freiräume werben wollten, endet in einem seltsamen Gemisch aus Party und Gewaltorgie. Die Bilanz spricht für sich: Während 10.000 friedlich tanzen, schaffen es 70 Gewalttäter, 20 Polizisten zu verletzen und Sachschäden in der Höhe von mehreren hunderttausend Franken zu verursachen. Für den Gemeinderat, die Stadtberner Exekutive, ist das Ganze ein Desaster. Er hatte von einer Teilnahme an der Demonstration, die von anonymen Veranstaltern auf Facebook angekündigt worden war, zwar abgeraten. Aber obwohl damit zu rechnen war, dass gewaltbereite Linksaktivisten die Tanzdemo für ihre Zwecke missbrauchen könnten, wagte er es nicht, die Polizei von Anfang an gegen die Chaoten vorgehen zu lassen.

Stattdessen liess man sie gewähren, bis sie die Polizisten selbst angriffen – mit äusserster Brutalität. Statt Selbstkritik zu üben, ergeht sich der Gemeinderat in Selbstmitleid. Man habe doch alles getan, um einen «friedlichen Anlass» zu ermöglichen, jammerte Stadtpräsident Alexander Tschäppät (SP). Und Sicherheitsvorstand Reto Nause (CVP) kündigte an, dass man die Plattform Facebook verklagen werde, wenn sie es wagen sollte, die Personalien der anonymen Veranstalter nicht herauszurücken.

Ein unbeholfener Versuch, von der verfehlten Politik abzulenken. Denn das Problem sind nicht die Veranstalter, sondern «antifaschistische» und «antikapitalistische» Gewalttäter, die der Stadt seit Jahren auf der Nase herumtanzen. Seit der bei den Linken verhasste «Hardliner» Kurt Wasserfallen (FDP) 2003 als Polizeichef weggeputscht wurde, verfolgt der Gemeinderat eine Politik der «Deeskalation» und der Toleranz. Überwachungskameras in der Innenstadt? Will man lieber nicht. Vermummungsverbot? Existiert, wird aber nicht umgesetzt. Chaoten aller Art freut's: Bereits 2007 konnten sie ungehindert wüten, als die SVP in Bern eine Wahlveranstaltung durchführen wollte.

Das Paradebeispiel für die Berner Laxheit ist jedoch die Reitschule. Das alternative Kulturzentrum beim Bahnhof dient

gewalttätigen Demonstranten – etwa den Teilnehmern der «antifaschistischen Abendspaziergänge» – seit Jahren als sichere Burg, wenn sie wieder einmal vor dem «repressiven» Arm des Staates flüchten müssen. Die Polizei wagt sich kaum noch rein. Erstens darf sie in der Reitschule ungestraft attackiert werden, und zweitens hat sie von der Politik ohnehin keine Rückendeckung zu erwarten. Denn die Reitschule besitzt für das alternative, rot-grüne Bern eine derartige Symbolkraft, dass kaum jemand es wagt, ein härteres Vorgehen zu fordern (abgesehen von bürgerlichen «Hardlinern», die ohnehin keine Wahlchancen haben).

In diesem Klima dürfen Extremisten darauf zählen, stillschweigend geduldet zu werden. Das zeigt sich auch am Samstagabend: Zwar nervt sich das Partyvolk über antikapitalistische Botschaften, aber von den Gewalttätern distanzieren will sich niemand. Man lässt sie gewähren, wie das halt so üblich ist.

(Lucien Scherrer in der aktuellen WELTWOCHEN 22/2013! Überall dasselbe, wo Linke regieren!)

Vera Lengsfeld im Jonny K.-Prozeß abgedrängt

Die tapfere Bürgerrechtlerin und ehemalige Bundestagsabgeordnete der CDU, Vera Lengsfeld, war gestern im Jonny-K.-Prozeß, und wen sie da sah, das waren keine PI-Leser, keine Mitglieder der FREIHEIT oder andere Sympathisanten von Jonny, sondern junge türkische *Muskelmänner*, die keiner Arbeit nachzugehen scheinen, ein paar ältere, wenige Frauen. Spannung und unterdrückte Aggression lagen in der Luft. Nach einer

Sitzungspause wurde sie außerhalb am Eingang von zwei Jungtürken abgeschoben, die behaupteten, sie als ältere Frau habe sich vorgedrängelt. Die Gerichtsdienere schluckten das und schickten sie achselzuckend weg.

Unsägliche Gespräche mit politkorrekten Pseudo-Journalistinnen von SPIEGEL und Süddeutscher, welche die türkischen Lügen glauben, runden das [Stimmungsbild ab](#). Nein, Deutschland schafft sich nicht ab, Deutschland hat sich schon abgeschafft! ([Hier](#) ein weiterer Prozessbericht auf EuropeNews und hier die nächsten [Prozeß-Termine!](#))